

Am 5. Juni 2011 war in der Sonntagszeitung unter dem Titel "Jede zweite Frau abgewiesen" zu lesen, dass die Schweizer Frauenhäuser massiv überfüllt seien, es mangle an Platz und Personal. 54% aller Hilfe suchenden Gewaltopfer fänden keinen Platz. Das zeigen offensichtlich die unveröffentlichten Zahlen der Dachorganisation der Schweizer Frauenhäuser. Danach seien im Jahr 2010 insgesamt 1'200 Frauen und ebenso viele Kinder zurückgewiesen worden. Der Grossteil davon konnte wegen Platz- und Personalmangels nicht aufgenommen werden. Dies sind äusserst alarmierende Zahlen.

Laut der Dachorganisation gibt es mehrere Gründe für den Anstieg. Neben der grösseren Nachfrage seien die Fälle auch komplexer geworden. Selbständige Frauen würden sich vermehrt an die neu entstandenen ambulanten Beratungsstellen wenden. Deswegen sammelten sich vorwiegend schwierige Fälle in den Häusern. Das führe dazu, dass die Frauen (und ihre Kinder) eine intensivere Betreuung bräuchten und länger blieben als früher. 205 dauerte ein durchschnittlicher Aufenthalt 22 Tage, heute sind es bereits 27 Tage.

Als Problem ortet das Eidgenössische Büro für die Gleichstellung von Frau und Mann zudem die fehlende Finanzierung, da oftmals die Kosten nur im Wohnsitzkanton der Frauen übernommen werden. Dadurch sei es unmöglich, sie in anderen Kantonen zu platzieren. Die Dachorganisation verlangt vom Bund zudem eine bessere Strategie im Kampf für die Frauen, die Opfer von Gewalt, würden. Es brauche beispielsweise eine kantonal vereinheitlichte Finanzierungsstruktur zur Sicherung der Häuser.

Vor diesem Hintergrund, dass sich offensichtlich auch in Basel die Zahl der abgewiesenen Frauen seit 2008 verdreifacht habe, bittet die Unterzeichnende den Regierungsrat, zu folgenden Fragen Bericht zu erstatten:

- Wie gross ist die Zahl der abgewiesenen Frauen (und ihrer Kinder)? Inwieweit hat sich auch in Basel-Stadt die Nachfrage und das Bedürfnis geändert? Ist die Aufenthaltsdauer in den Frauenhäusern aufgrund der möglicherweise veränderten Nachfrage ebenfalls wie von der Dachorganisation vermutet länger? Gibt es dazu Zahlen, Analysen und Berichte? Wie hat oder wird auf die offensichtlich vermehrt schwierigeren Situationen der Schutzsuchenden reagiert? Hat Basel als Stadtkanton spezifische Finanzierungsprobleme, die in der Bundesstrategie mitvertreten werden?
- Bei häuslicher Gewalt sind vor allem kurzfristig Wegweisungen der Polizei hilfreich. Wie viele Wegweisungen wurden in Basel in den letzten fünf Jahren verhängt? Wie steht diese Zahl im Schweizerischen Schnitt bezüglich Bevölkerungsgrösse und Urbanität aus?

Brigitta Gerber